

## Gesellschaftliche und politische Teilhabe von älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Ende 1955 wurde die "Vereinbarung über die Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland" geschlossen, in diesem Jahr jährt sich das Abkommen mit der Türkei, dem Land, aus dem die meisten Arbeitskräfte kamen, zum fünfzigsten Mal.

Doch noch immer ist die gesellschaftliche und politische Gleichstellung nicht für alle ehemaligen Gastarbeiter und deren Nachkommen erreicht. Deshalb sind folgende Grundvoraussetzungen für eine gesellschaftliche und politische Teilhabe zu erfüllen:

- Das kommunale Wahlrecht für alle Menschen, die sich auf Dauer in Deutschland aufhalten, ist eine Forderung an die Bundespolitik, die vom Landesintegrationsrat seit seiner Gründung erhoben wird. Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass Menschen, die seit fünfzig und mehr Jahren hier ihren Lebensmittelpunkt haben, von grundlegenden demokratischen Rechten ausgeschlossen sind.
- Ebenfalls auf Bundesebene ist die Einbürgerung vor allem der Migrantinnen und Migranten der ersten Generation zu erleichtern. Die Hinnahme von Mehrstaatigkeit ist dafür eine Grundvoraussetzung. Es kann nicht sein, dass Mehrstaatigkeit für Menschen aus EU-Staaten erwünscht, für alle anderen ein Einbürgerungshindernis ist.
- Auf Landesebene sollen Strategien entwickelt werden, die die „Kultursensibilität“ zu einem Qualitätsmerkmal der Altenhilfe und Gesundheitsvorsorge machen, das für die Träger zwingend zu beachten ist.
- Auf kommunaler Ebene müssen ältere Migranten in die Arbeit der Gremien der Seniorenpolitik einbezogen werden. Mit ihrem kulturellen Hintergrund, ihren speziellen Erfahrungen können sie die Arbeit der Seniorenvertretungen öffnen und eine kommunale Seniorenarbeit, die die speziellen Bedürfnisse der Zielgruppe berücksichtigt, voran bringen.
- Ebenfalls auf kommunaler Ebene sollen Maßnahmen initiiert und gefördert werden, die dem gleichberechtigten Miteinander älterer Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte und damit dem Austausch und Verständnis untereinander dienen. Der Entwicklung von geeigneten Konzepten und Angeboten des interkulturellen Lernens und der Förderung interkultureller Kompetenz kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.
- Ältere Migranten sind zu motivieren und zu befähigen, sich gemeinschaftlich zu engagieren sowie Wege und Möglichkeiten der Interessenartikulation und -umsetzung aktiv zu erschließen und wahrzunehmen. Dies erfordert gezielte Strategien zur Unterstützung von Selbstorganisation und Empowerment sowie zur strukturellen Vernetzung und aktiven Mitwirkung im jeweiligen kommunalen Umfeld.
- Generell gilt es das freiwillige Engagement älterer Migranten zu fördern. Hierzu gehört neben zielgruppenspezifischen Qualifizierungsangeboten insbesondere auch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstrukturen für die Partizipation älterer Migranten.